BearingPoint

Studie zu Blockchain und Verwaltung

[06.10.2020] Das Beratungsunternehmen BearingPoint hat eine Studie publiziert, in der mehr als 50 verschiedene Blockchain-Vorhaben des Bundes und der Länder analysiert und bewertet werden. Besondere Treiber sind demnach das BMWi, das BMBF und das Land Nordrhein-Westfalen.

Die Blockchain-Technologie gilt als eine der Schlüsseltechnologien der Digitalisierung – und wird auch mit Blick auf die Verwaltungsdigitalisierung diskutiert. Doch wie genau ist hier der Stand? Die Management- und Technologieberatung BearingPoint hat nun eine Studie vorgelegt, für die über 50 verschiedene Blockchain-Vorhaben des Bundes und der Länder analysiert und bewertet wurden. Die Studie zeigt, dass die Diskussion zur digitalen Innovation Blockchain hierzulande auf breiter Basis in der öffentlichen Verwaltung geführt wird. Die Technologie ist als wichtiges Thema in vielen Bundes- und Landesbehörden angekommen: 52 Vorhaben konnten für den Bund und die Länder in den verschiedenen Digitalisierungsstrategien identifiziert werden. Allerdings geht aus der Studie auch hervor, dass sich ein Großteil der Blockchain-Vorhaben – nämlich 31 – erst in der Ideen- oder Planungsphase befinden. Der Sprung von der Idee und einer ersten Konzeption hin zu einem Piloten oder gar zu einem live geschalteten, für Bürger erreichbaren System sei also noch Zukunftsmusik.

Die Spitzenreiter

Als besondere Treiber für die 19 im Bund geführten Vorhaben macht die Studie zwei Ministerien aus: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit fünf und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit sieben Vorhaben. Von den 33 auf Landesebene durchgeführten Projekten ragt vor allem Nordrhein-Westfalen mit insgesamt zehn Vorhaben besonders heraus. Für viele Projekte liegen Machbarkeitsstudien vor, doch Fachkonzepte für eine weitere Umsetzung in der Praxis fehlen oft noch. Den Fortschritt von Blockchain-Projekten misst die Studie mittels des Reifegrads. Der Bund steht mit einem gemittelten Reifegrad von 2,84 für 19 Vorhaben leicht besser da als die Länder mit 2,18 für 33 Vorhaben.

Erfahrungsaustausch ist wichtig

Die BearingPoint-Studie zeigt, dass der Nutzen von Blockchain in der öffentlichen Verwaltung vor allem in einer automatisierten Verifizierbarkeit von Identitäten sowie in der Manipulationssicherheit und schnellen Verfügbarkeit von Daten erwartet wird. Die größte Herausforderung besteht darin, dass die Reife der Technologie als noch nicht ausreichend bewertet wird, um eine Entscheidung zum Wechsel oder zum Aufbau eines Verfahrens auf der Plattform einer Blockchain vorzunehmen. Pilotprojekte könnten hier helfen und gerade den Vorhaben, die noch am Anfang stehen, Orientierung durch gesammelte Praxiserfahrung geben. Dazu sei es wichtig, dass Projekterfahrungen und -herausforderungen zwischen Bund und Ländern ausgetauscht werden, betonen die Autoren der Studie.

Zentrale Steuerung

Der IT-Planungsrat spielt bei den Vorhaben eine wichtige Rolle. Im dortigen Koordinierungsprojekt Blockchain werden alle Bundesländer sowie die Kommunen in die Diskussion eingebunden. So kann etwaige Doppelarbeit durch das Zuständigkeitsprinzip der Ressorts oder im föderalen Zusammenwirken

von Bund und Ländern vermieden werden. Helmut Nehrenheim ist Leiter des Koordinierungsprojekts Blockchain des IT-Planungsrats. Er verweist darauf, dass nicht die Technik, sondern die Anwender in den Blick genommen werden müssten. Den Nutzenden sei „die Technik egal: Die Lösung muss laufen und wirtschaftlich betrieben werden“. Die Blockchain-Technologie habe aber das Potenzial, neue Wege der Zusammenarbeit auf nationaler sowie auf europäischer Ebene zu schaffen.

(sib)

Weitere Informationen zur Studie

Stichwörter: Digitale Identität, BearingPoint, Blockchain, Studie